

... und für jeden Fall Mobilat Sportgel

- hilft gezielt gegen Schwellungen
- wirkt rasch bei Schmerz und Spannungsgefühl
- kühlt sofort und intensiv
- macht schnell wieder aktiv

ab sofort in Ihrer Apotheke

mobil mit Mobilat

Mobilat® Sportgel. Anwendungsgebiete: Schwellungen und Entzündungen nach stumpfen Verletzungen der Muskeln, Sehnen, Bänder, Gelenke: Prellungen, Zerrungen, Verstauchungen. Tennisellenbogen, Meniskusschäden, Sehnenscheidenentzündungen. **Gegenanzeigen:** Bei Salicylatüberempfindlichkeit ist Mobilat Sportgel nicht angezeigt. Über einen längeren Zeitraum sollte das Gel auf großen Flächen nicht angewendet werden bei Säuglingen und Kleinkindern, in der Schwangerschaft und bei schweren Nierenfunktionsstörungen, Vergrößerung der Prostata mit Resthornbildung, Tumor des Nebennierenmarks, Schilddrüsenüberfunktion und erhöhtem Augeninnendruck. **Nebenwirkungen:** Überempfindlichkeitsreaktionen der Haut können in seltenen Fällen auftreten, verschwinden aber in der Regel nach Absetzen des Medikamentes.
LUITPOLD-WERK, Zielstattstraße 9, 8000 München 70

Mobilat®
VERTRAUEN
IN 5 KONTINENTEN

Extrem offen

Mehrere tausend Berater, Repräsentanten und Fachanwälte versuchen, die EG-Kommission zu beeinflussen – Lobbyismus ist Brüssels größtes Boomgeschäft.

Im Spiel ohne Grenzen wollen alle mit von der Partie sein. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein Konzern, ein Verband oder eine Standesorganisation in Brüssel eine Niederlassung eröffnet.

Seit die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts greifbar nahe gerückt ist, zieht die belgische Hauptstadt internationale Anwaltskanzleien und Wirtschaftsberater zu Dutzenden an. „Lobbyismus", schreibt das „Wall Street Journal", „ist der am schnellsten expandierende Wirtschaftszweig in Brüssel."

Vergangene Woche formierten sich fünf private Fernsehanstalten zu einer europäischen Interessengruppe, von dieser Woche an wird Daimler mit einem Büro vertreten sein. Siemens, IBM und MBB sind schon da. Mayonnaise- und Sojaproduzenten, Transport- und Textilunternehmer – sie alle versuchen sich mehr oder weniger geräuschlos in den Gesetzgebungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft einzufädeln.

Solidaritätskomitees für Eritrea und Palästina haben Brüssel als politisches Entscheidungszentrum entdeckt. Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace und der World Wide Fund for Nature kämpfen gegen eine in den Gremien und Arbeitsgruppen der Kommission allgegenwärtige Industrielobby.

Die spanischen Regionen Katalonien, Galicien und das Baskenland, der französische Süden (Grand Sud) und Osten (Grand Est), die Schotten, Birmingham und neun amerikanische Bundesstaaten unterhalten in Brüssel Außenstellen. Jedes deutsche Bundesland vertritt seine regionalen Sonderinteressen mit einem eigenen Informationsbüro.

Und alle bemühen sich, mit Kunstausstellungen, Modeschauen und volkstümlichen Festen Aufmerksamkeit und Sympathie der Eurokraten zu gewinnen. Der amerikanische Chemiemulti Monsanto ließ die Moskauer Staatlichen Symphoniker aufspielen oder lud rund 300 Gäste zu einem Dinner ins Palais des Beaux-Arts mit Führung durch die Art-Déco-Ausstellung.

Mehr als 50 internationale Anwaltsfirmen bieten sich als Wegweiser oder Interessenvertreter für Firmen aus Übersee an. Eine Kanzlei mit Hauptsitz in Dallas schmückt sich mit einem ehemaligen amerikanischen EG-Botschafter als „Senior adviser" für das undurchschaubare Dickicht der europäischen Bürokratie.



Chemie-Lobbyist Lever
„Etwas angegrünt"

„Brüssel", so konstatierte kürzlich Richard Pogue von einer renommierten Anwaltsfirma in Cleveland, „wird zum Washington D.C. Europas." Rund eine halbe Milliarde Mark wurde im vergangenen Jahr im boomenden Lobby- und Consulting-Geschäft umgesetzt. Der Büroraum um die EG-Zentrale am Rond Point Schuman ist knapp und teuer geworden. Um über 30 Prozent stiegen die Brüsseler Mieten im vergangenen Jahr.

Tag für Tag fliegen zudem Scharen von Interessenvertretern und Experten aus Industrie und Wirtschaft ein, um in den Fachausschüssen oder Beratungsgremien der Kommission über einheitliche EG-Normen und gemeinsame Standards, über Forschungs- oder Entwicklungshilfeprojekte mitzuberaten. Häufigste Methode der Einflußnahme: bei einem ausgedehnten Arbeitsessen in Luxusrestaurants wie „Maison du Cygne" oder „Ecailler du Palais Royal" einem möglichst hochrangigen Eurokraten oder gar einem der 17 Kommissare die Sicht der Dinge zu erläutern.

Objekt der Begierde erfahrener Brüsseler Lobbyisten sind, anders als in den westlichen Hauptstädten, nicht gewählte Politiker und Parlamentarier, sondern die 12 000 Beamten der Kommission. Die nämlich hat nach den Römischen Verträgen das Vorschlags- und Initiativrecht für die rund 280 neuen EG-Gesetze und -Normen, die zur Realisierung des Binnenmarkts notwendig sind. „Wenn man erst im Plenum des Europäischen Parlaments mit der Arbeit beginnt", so die Erfahrung des Industrielobbyisten Nick Phillips, „dann ist es zu spät."

Zwar gibt es – anders als beispielsweise in Bonn – kein offizielles Anhörungsrecht, keine Pflicht, Verbände und betroffene Industrie zu konsultieren, wenn die Beamten eine neue Richtlinie ausarbeiten. Aber für Daten, Gutachten und Stellungnahmen aus der Wirtschaft, lobt Pierre Longin vom Chemiemulti Monsanto, sei die Kommission „extrem offen".

Daß etwa die Normen für die zulässigen Abgase von Kleinwagen speziell auch auf die Bedürfnisse des Fiat Panda zugeschnitten wurden, ist vor allem der geschickten Überzeugungsarbeit des italienischen Autokonzerns zu verdanken. Giovanni Agnelli persönlich machte noch kurz vor der entscheidenden Sitzung des Umweltrats dem zuständigen Kommissar Ripa di Meana seine Aufwartung, und er spickte den italienischen Umweltminister mit seinen Argumenten.

Mit einer ähnlichen Doppelstrategie – Einflußnahme auf die Kommission und Druck auf die nationalen Verkehrsminister – wollen die Transportlobbyisten erreichen, daß die zulässige Länge ihrer Laster von 18 auf 20 Meter heraufgesetzt wird. Verkehrskommissar Karel van Miert: „Die wenden sich direkt an die Beamten, die die Vorschriften erarbeiten."

Lobbyismus hat es in Brüssel seit Gründung der EG gegeben, neu ist die Massivität des Aufgebots. Die älteste und noch immer mächtigste Interessenvertretung ist die Bauernlobby – auf europäischer Ebene seit 1958 in der Copa organisiert. Der Verband, der angeblich die Belange von zwölf Millionen EG-Bauern vertritt, sich aber vor allem für die Großen einsetzt, wird seit jeher von den Franzosen dominiert. Direktor Michel Jacquot erinnert sich: „Der Präsident der französischen Weizenerzeuger war bei der Kommission wie ein Minister angesehen, der Repräsentant der Rübenproduzenten wurde wie ein Papst angehört."

Europas alltäglicher Wahnsinn der landwirtschaftlichen Überproduktion, die Milchseen, Getreideberge und Rindfleischhalden, ist letztlich auch das Ergebnis einer von Lobbyisten bestimmten Agrar- und Preispolitik, bei der die nationalen Landwirtschaftsminister – statt zu bremsen – immer noch etwas draufleglen.

Auch die europäischen Stahlfabrikanten schalten sich mit ihren Sachverständigen direkt in die Kommissionsentscheidungen ein. Die von der EG-Behörde vorgeschlagenen Produktionsquoten werden mit dem Interessenverband Eurofer regelrecht ausgehandelt.

Autoindustrie und Chemieunternehmen entsenden ihre Mitarbeiter in Fachausschüsse und Arbeitsgruppen der EG-Zentrale, wo sie gemeinsam mit den



Lobbyisten-Schilder
„Direkt an die Beamten"



Modeverkäufer, Mannequins in Brüssel*: Aufmerksamkeit und Sympathie

* Mit EG-Kommissar Bangemann (3. v. r.).

Beamten über technische Details neuer Vorschriften beraten. Hugo Lever, Generalsekretär des 60 Mitarbeiter zählenden Europäischen Rats der Verbände der Chemischen Industrie (Cefic), hat schon oft erlebt, daß die Kommission in ihren Entwürfen Formulierungen seiner Sachverständigen „direkt übernommen hat".

In solchen Arbeitsgruppen werden die europäischen Normen und Standards für Autobremsen, die Prüfverfahren für Abgaswerte, Zulassungsvorschriften für Arzneimittel und gentechnologische Richtlinien ausgehandelt, bevor sie als Entwurf der Kommission dem Parlament und dem Ministerrat zugeleitet werden. Nur vereinzelt darf in diesen Experten- und Beamtengremien auch mal ein Vertreter des Europäischen Umwelt- oder Verbraucherbüros dabeisein.

Im Beratungsausschuß für industrielle Forschung und Entwicklung brüten 18 Industrievertreter neue Programme wie „Eclair", „Brite", „Flair" und „Comet" aus, reden also über ihre eigenen Forschungssubventionen mit. Stolz verkündet Cefic in einem Faltblatt, der Verband wache gemeinsam mit der Kommission darüber, „daß der Inhalt und die Verwaltungsstruktur der Forschungsprogramme den Bedürfnissen der chemischen Industrie entsprechen".

Auch unaufgefordert werden die Euro-Beamten, wenn für die Industrie etwas auf dem Spiel steht, mit Studien und Stellungnahmen eingedeckt. Derzeit erfahren die Beamten im Veterinärausschuß (sie befinden über die Zulassung von Tierarzneimitteln) nahezu täglich Neues über die Vorzüge und die Harmlosigkeit des umstrittenen Wachstumshormons BST, das die Milchproduktion der Kühe um bis zu 25 Prozent steigern soll.

Nur Briefe schreiben, das hat Gilbert Maeyaert, seit 25 Jahren Verbandsvertreter in Brüssel, erkannt, „reicht allerdings nicht. Das persönliche Gespräch macht es".

Das größte Kapital eines jeden Lobbyisten ist folglich sein persönliches Adreßbuch mit möglichst vielen Schlüsselfiguren aus der Kommission. Als besonders hilfreich erweist es sich da, mit dem Kabinettschef eines Kommissars oder einem der Generaldirektoren ab und zu Golf oder Tennis zu spielen.

Hanns Glatz vom Verband der europäischen Automobilindustrie kennt etwa 300 Leute aus der Brüsseler Szene, die er, wenn er sich über die neuesten Entwicklungen und Pläne in der Kommission informieren will, direkt anrufen kann. Gilbert Maeyaert unterhält regelmäßige Kontakte zu etwa 40 Kommissionsbeamten.

Die Arbeit der Lobbyisten beginnt auf der untersten Ebene des Entscheidungsprozesses, beim Fachbeamten, und endet damit, daß der Verbandspräsident oder der Vorstandsvorsitzende einen Termin beim zuständigen Kommissar bekommt.

In zahlreichen Entscheidungen ist die Handschrift der Lobby zu erkennen: Die Glas- und Zementindustrie überzeugte die Beamten, daß ihr Entwurf einer Immissionsschutz-Richtlinie für den Stickstoff- und Schwefeldioxid-Ausstoß von Brennöfen nur für die Großfeuerungsanlagen der Energieerzeuger gelten soll. Die Glas- und Zementfabriken würde diese Schutzvorschrift „technologisch und wirtschaftlich überfordern", so ihr Argument.

Daß der von der EG beschlossene Einfuhrstopp für amerikanisches Hormonfleisch nicht für den Import von Innereien gilt, die zu Katzen- und Hundefutter verarbeitet werden, ist der Chappi-Lobby in Brüssel zu verdanken. Sie machte den Handelspolitikern in der Kommission klar, daß Hormone in der Fleischmast zum Schutz der menschlichen und nicht der tierischen Gesundheit verboten wurden.

Nichts fürchten die Lobbyisten und Verbandsfunktionäre mehr als die öffentliche Meinung. Sie und ihre Experten aus der Industrie möchten mit den Beamten deshalb am liebsten hinter verschlossenen Türen entscheiden, wie Europa 1993 aussehen soll.



Katalanisches Büro in Brüssel
Werbung für Sonderinteressen



Auto-Lobbyist Glatz
„Extrem heiß, extrem politisch"

Die Debatte um die Autoabgase, bedauert Hanns Glatz, sei „extrem heiß, extrem politisch" gelaufen. Der für die Industrie weitaus mildere Entwurf, den die Kommission mit Hilfe des Sachverstands aus der betroffenen Industrie erarbeitet hatte, sei so „zum Kippen" gebracht worden.

Ähnlich „emotional", klagt Hugo Lever vom Chemieverband, sei es bei der Diskussion um die Verbrennung von Giftstoffen auf dem Meer zugegangen. Da hätten sich die Minister im Umweltrat von der Angst der Menschen um die sterbende Nordsee zu einem Verbot hinreißen lassen, statt auf die nüchternen Experten zu hören.

Die Chemieindustrie befürchtet weiteres Ungemach. So seien bereits die Kommissionsvorschläge für den Transport von Giftmüll „etwas angegrünt" (Lever). Und Johan van Hemelrijck von der Europäischen Föderation für Tiergesundheit (Fedesa), einem Interessenverband der Pharmagiganten, hält es für „eine schlechte Sache", daß nun auch die Harmonisierung der Zulassung von Tierarzneimitteln sich zu einer „politischen Diskussion" entwickelt.

Die Fedesa wurde vor zwei Jahren gegründet, als auf Druck des Europa-Parlaments und aufgeschreckter Konsumenten künstliche und natürliche Hormone für die Tiermast in der EG verboten wurden. Hemelrijck: „Das brachte das Faß zum Überlaufen."

Seither kümmert sich die Fedesa, die in der EG der Biotechnologie zum Durchbruch verhelfen will, intensiv auch um die Straßburger Abgeordneten. Ihre in nichtöffentlichen Ausschußsitzungen regelmäßig präsenten Lobbyisten werden von einigen Parlamentariern gelegentlich schon als Kollegen begrüßt.

Den „eklatantesten Fall von Lobbyismus" beobachtete der Grüne Benny

Härlin am letzten Sitzungstag des Europa-Parlaments: Da votierten einige Abgeordnete über zwei gentechnische Richtlinien schlicht nach der Vorlage der interessierten Industrie. Ein vom Forschungs- und Umweltausschuß vorgeschlagenes Moratorium für gentechnische Produkte wurde so mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

Für Monsantos Pierre Longin war es „ein Erfolg unserer Aufklärungsarbeit".

GEWERKSCHAFTEN

Gelungener Einstand

Die Streiks im Einzelhandel laufen aus. Der größte Gewinner ist der Gewerkschaftsvorsitzende Lorenz Schwegler.

Wochenlang hatte Lorenz Schwegler, Chef der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), hin und her überlegt, ob er seinen im Juli geplanten Jahresurlaub absagen soll. Der Chef-Gewerkschafter schien an seinem Arbeitsplatz unentbehrlich, er leitete von der Düsseldorfer HBV-Zentrale aus den Arbeitskampf im bundesdeutschen Einzelhandel.

Die Stornogebühren für Schweglers Urlaubsquartier bleiben ihm oder der Gewerkschaftskasse erspart. Nach dem Tarifabschluß im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen am vergangenen Mittwoch kann der HBV-Chef mit Frau und Kindern ins Ostseebad Grömitz fahren.

Der bislang längste und härteste Tarifkonflikt in der Einzelhandelsbranche nähert sich dem Ende. Fast zwei Monate lang streikten erboste Verkäuferinnen und Verkäufer für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte, vor allem aber gegen den von der Bundesregierung geplanten Dienstleistungsabend.

Der Konflikt kennt vor allem einen Sieger: den erst seit vorigen November amtierenden HBV-Chef Lorenz Schwegler.

Unter Schweglers Führung gelang der HBV, was viele Kenner des Einzelhandels für unmöglich gehalten hatten: einen öffentlichkeitswirksamen Protest des nur wenig organisierten Verkaufspersonals zu inszenieren. Erstmals auch schaffte es die Handelsgewerkschaft, das Publikum auf die miserable Bezahlung und die harten Arbeitsbedingungen des Laden-Volks aufmerksam zu machen.

Gewiß, ihr Ziel, den langen Donnerstag zu verhindern, konnten die Gewerkschafter in keinem der zehn Tarifgebiete durchsetzen. Dennoch war der Kampf aus Sicht der Arbeitnehmer-Lobby nicht vergebens.

Die bislang unterschriebenen Tarifverträge sehen vor, daß Läden und Kaufhäuser grundsätzlich auch weiterhin um halb sieben schließen. Nur dort, wo große Außenseiter, wie etwa Breuninger in Stuttgart, auflassen, dürfen tarifgebundene Unternehmen nach Absprache mit dem Betriebsrat nachziehen. Für die Feierabendschicht erhalten die Beschäftigten saftige Zuschläge.

Frauen, die weit entfernt vom Arbeitsort wohnen oder kleine Kinder zu versorgen haben, können den Einsatz am langen Donnerstag verweigern. Außerdem dürfen die Arbeitnehmer in der Regel nicht an zwei aufeinanderfolgenden Donnerstagen Dienst schieben.

Daß der unvermeidliche Einstieg in den Dienstleistungsabend noch einigermaßen erträglich wird, dies schaffte HBV-Chef Schwegler mit dem Druck seiner Basis, aber auch mit einer klaren Verhandlungsstrategie: Wo immer es



HBV-Vorsitzender Schwegler
Frei von Klassenkampf-Muff

sich machen ließ, spielten die HBV-Unterhändler die untereinander zerstrittenen Arbeitgeber – die Kaufhäuser sind meist gegen den Dienstleistungsabend, viele Verbrauchermärkte dafür – gegeneinander aus.

Schwegler hatte seinen ersten Konflikt als Gewerkschaftsvorsitzender gut vorbereitet. So ließ er im Vorfeld des Tarifstreits bei Mitgliedern und Meinungsmachern aufwendige Broschüren verteilen, die das schwere Los der Verkäuferinnen anprangerten. Während der Verhandlungen ließ Schwegler keine Gelegenheit aus, die miserablen Arbeitsbedingungen und die miese Bezahlung der Konsum-Dienerinnen anzuprangern.

Das Jammern hat sich gelohnt. Neben Lohnerhöhungen von insgesamt rund sieben Prozent in diesem und im nächsten Jahr erkämpfte die Gewerkschaft für ihre Klientel in den bisherigen Abschlüssen von 1991 an die 37,0- oder die 37,5-Stunden-Woche.

Der Erfolg hilft Schwegler bei seinen Bemühungen, den Ruf loszuwerden, er sei nur zweite Wahl. Ursprünglich sollte eine Frau, die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin, an die Spitze der sechstgrößten DGB-Gewerkschaft gewählt werden. Doch der schöne Plan, ausgeheckt von Schweglers Vorgänger, dem langjährigen HBV-Vorsitzenden Günter Volkmar, scheiterte an innergewerkschaftlichen Querelen. Die Basis der Gewerkschaft, aber auch einige Vorstandsmitglieder wollten die pragmatische SPD-Frau nicht, Schwegler obsiegte als Kompromißkandidat.

Mit seinen 45 Jahren ist der gebürtige Hamburger der jüngste Vorsitzende einer DGB-Gewerkschaft. Der Jurist hat in seinem Berufsleben nur in Gewerkschaftsbüros gesessen. Er startete als Referent für Arbeits- und Wirtschaftsrecht beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB.

Später wechselte er als Experte für Mitbestimmungsfragen zum DGB-Bundesvorstand, wo er unter dem damaligen DGB-Chef Heinz Oskar Vetter arbeitete. Seit 1977 dient Schwegler der HBV, zunächst als Vorstandssekretär für die Bereiche Banken und Versicherungen, dann, drei Jahre später, als Vorstandsmitglied.

Seither überrascht er seine Organisation immer wieder mit unorthodoxen Ideen und Aktionen. So organisierte er 1987 den ersten Arbeitskampf im bundesdeutschen Bankgewerbe, bei dem unter anderem das Rechenzentrum der Dresdner Bank in Frankfurt stundenweise lahmgelegt wurde. 1988 entwickelte Schwegler für die zur Hälfte den Gewerkschaften gehörende BHW Bausparkasse ein pfiffiges Arbeitszeitmodell, bei dem sich vier Angestellte drei Arbeitsplätze teilen.

Mit seinem gelungenen Einstand beim Verkäuferinnen-Streik ist der HBV-Chef nun endgültig in die Kaste jener jüngeren Chef-Gewerkschafter vom Typ des IG-Metallers Franz Steinkühler aufgenommen worden, die sich, frei von Klassenkampf-Muff, als nüchterne, erfolgsorientierte Interessenvertreter verstehen.

Diese hatten bislang noch etwas Mühe, den neuen Mann in ihren Reihen anzuerkennen. Der neue IG-Metall-Kassierer Werner Schreiber, auch einer dieser aufstrebenden Gewerkschafts-Yuppies, staunt noch immer über das, was der Kollege aus Düsseldorf erreicht hat. „Wir hätten nie gedacht", so Schreiber, „daß der Schwegler es schafft, im Einzelhandel einen bundesweiten Streik zu organisieren." ◆